

KRONBERG

Stefan Jung

Telefon:
(06172) 927338
E-Mail:
tz-kronberg@fnp.de
Internet:
www.taunus-zeitung.de



„BurgARTextil“ stellt aus

Kronberg. Zur Erinnerung an den „BurgARTextil“-Sommer 2014 laden Jutta Brihn und ihre Künstlerkolleginnen der Gruppe Glashaus sowie Mitglieder des Kamerclubs Kronberg heute Abend in die Kronberger Stadtbücherei ein. Dort startet um 19 Uhr eine Ausstellung mit Bildern und Exponaten des Projekts: Die Künstlerinnen hatten textile Kunstwerke an den Mauern der Kronberger Burg angebracht und im Burggarten verteilt, die je nach Wetterlage und Sonnenstand ganz unterschiedliche Stimmungen erzeugten. Bei der Eröffnung kann man mit den Künstlerinnen ins Gespräch kommen und mehr über ihre Visionen und die Umsetzung des Projekts zu erfahren. *tz*

Plätzchen zugunsten der Flüchtlinge

Kronberg. Die Flüchtlingshilfe Kronberg bietet morgen von 10 Uhr an weihnachtliches Gebäck auf dem Wochenmarkt an. Unter dem Motto „Kronberg wird bunter“ wird dort die Spendenaktion zugunsten der Flüchtlinge fortgeführt. Neben süßen Leckereien können auch bunte Ketten für fünf Euro erworben werden. Die Mitglieder würden sich außerdem über weitere hilfsbereite Mitstreiter freuen und geben am Stand gerne Auskunft. *tz*

„Warum wird das Schwimmbad immer teurer?“, fragte die SPD Kronberg zwei Bürgermeister, einen Landrat und einen Journalisten. Mit einer einfachen Antwort darauf taten sie sich schwer.

■ Von David Schahinian

Kronberg. „Früher hieß Kommunalpolitik Freibier für alle, heute heißt es: Freibier ist alle.“ Mit dem Zitat eines Bürgermeisters aus seinem Landkreis umriss Burkhard Albers (SPD), Landrat des Schutzschirmlandkreises Rheingau-Taunus, die wesentlichen Probleme, um die es bei der Podiumsdiskussion am Mittwohabend in der Stadthalle ging. Haben die Städte und Gemeinden auf zu großem Fuß gelebt? Wie sollen sie ihre Aufgaben angesichts leerer Kassen künftig noch erfüllen? Rund 50 Bürger und Kommunalpolitiker folgten der Einladung der SPD Kronberg, um über Kommunen in der Finanzklemme zu diskutieren.

„Im Gegensatz zu Unternehmen können sich Städte und Gemeinden nicht von Aufgaben trennen“, erklärte Albers. Die Kommunen bedürften als „Keimzelle der Demokratie“ einer besonderen finanziellen Unterstützung und hätten einen Finanzierungsanspruch gegenüber Land und Bund. Albers: „Das Land Hessen kommt diesem Finanzierungsanspruch aber nicht nach.“ Konkret bedeute das, dass Städte und Gemeinden ihre Bürger noch stärker zur Kasse bitten müssten: „Ich fürchte, wir stehen vor einer Steuererhöhungsorgie, wie sie das Land noch nicht gesehen hat.“ Die



Auf der Suche nach Lösungen für die Finanzklemme der Kommunen (von links): Kronbergs Bürgermeister Klaus Temmen, Sulzbachs Bürgermeisterin Renate Wolf, der Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises, Burkhard Albers, und Journalist Georg Meck. Fotos: Priedemuth

kommunale Familie drohe auseinanderzufallen. Hessen trage daran „einen großen Teil der Verantwortung“. Kronbergs Bürgermeister Klaus Temmen (parteilos) wollte die von Moderator und SPD-Fraktionschef Christoph König aufgestellte These, dass das „Land an allem schuld sei“, nicht bestätigen. „Es muss aber seinen gesetzlichen Aufgaben nachkommen, und das macht es nicht.“ Würde der kommunale Finanzausgleich so geändert, wie es der hessische Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) plant, müsste Kronberg nach aktuellen Berechnungen sogar 1,2 Millionen Euro zusätzlich in den Topf einzahlen. Temmen: „Wir müssten Kredite aufnehmen, um strukturschwache Regionen zu unterstützen. Das ist schizophr.“

„Gewisse Schmerzgrenze“

Die Vorgabe, den Haushalt bis 2017 auszugleichen, werde man mit Kostenreduzierungen alleine nicht schaffen. Gleichzeitig müssten

mehr Einnahmen generiert werden. Die Preisschraube aber kann nicht endlos weitergedreht werden. Warum man die Gebühren nicht erhöhe, bis sie kostendeckend seien, wollte ein Bürger wissen. Temmen: „Es gibt eine gewisse Schmerzgrenze.“ Wenn die überschritten sei, würden die Einrichtungen nicht mehr genutzt. Dass Kronberg auf zu großem Fuß gelebt habe, wollte er allerdings nicht unterschreiben: „Die Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen wurden, wurden aus der damaligen Perspektive aus gutem Grund so getroffen.“

Auch Amtskollegin Renate Wolf (SPD) aus Sulzbach hat mit einem defizitären Haushalt zu kämpfen. „Das ist den Bürgern einer Gemeinde, der es so lange gut ging, nicht leicht zu erklären.“ Der Innenminister fordere einen ausgeglichenen Haushalt, gleichzeitig verlange der Finanzminister mit seinen neuen Vorschlägen rund 2 Millionen Euro zusätzlich von Sulzbach. Das sei kaum möglich, ohne die Infrastruk-

tur, die man über viele Jahre aufgebaut habe, totzusparen. Wolf: „Ich warne davor, immer nur auf die schwarze Null zu schauen.“

Weniger „von oben“

Dann müsse die Politik eben dafür sorgen, dass den Kommunen weniger „von oben“ aufgebürdet würde, warf Georg Meck ein. Er hatte in seinem Artikel „Armes reiches Taunusdorf“, der im September in der FAS erschien, über Kronberg und den Umstand berichtet, dass eine Kommune mit vielen reichen Menschen deswegen noch lange nicht reich sein muss. Seine Aufgabe sei es nicht, Lösungsvorschläge anzubieten, sagte er auf Nachfrage Königs. Wenn eine Umverteilung von Geldern aber mit dem Schlagwort Solidarität begründet werde, würde er stets hellhörig: Meistens gehe es dann darum, das Geld von anderen zu verteilen.

Es drängte sich der Eindruck auf, dass den Kommunen derzeit, wie von Albers anfangs prognostiziert,

wenig Auswege aus dem Dilemma bleiben – außer an der Steuer-schraube zu drehen. „Die Grundsteuer B ist der einzige wirkliche Hebel, den wir haben“, sagte Tem-

men. Die meisten Bürger, sei es sicher, würden eher einer solchen Erhöhung zustimmen als beispielsweise der Schließung des Schwimmbads. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer sehe er hingegen als kontraproduktiv an, allein in diesem Jahr hätten zwei Unternehmen den Standort Richtung Eschborn verlassen, wo der Hebesatz um 30 Punkte niedriger liegt.

Frankfurt punktet

Was aber halte Unternehmen dann in Frankfurt, wo der Hebesatz mit 460 Punkten um 150 Punkte über jenem von Kronberg liege, wollte König wissen. Es seien unter anderem die Adresse, der Name und die Infrastruktur. Die Bürger, meinte eine Zuhörerin aus den Reihen der SPD, würden vor allem nicht verstehen, warum beispielsweise das Schwimmbad in Bad Soden billiger und ein Kita-Platz in Eschborn umsonst seien. Temmen: „Wir können das nicht. Aber Kronberg hat andere Alleinstellungsmerkmale, etwa den naturbelassenen Raum oder die historische Altstadt.“

Auch wenn nur ein Kollege der schreibenden Zunft auf dem Podium saß, erinnerte das Fazit des Abends an das Literarische Quartett: Der Vorhang ging zu, und viele Fragen blieben offen. Die Suche nach Lösungen für die Finanzklemme scheint derzeit ähnlich schwer wie die Quadratur des Kreises.



SPD-Fraktionschef Christoph König moderierte die gut besuchte Podiumsdiskussion.

Heckstädter Erzählcafé

Oberhöchstadt. Die Freunde Oberhöchstads laden morgen zum Erzählcafé „mittendrin“ ein. Erna Tischler berichtet von 15.30 Uhr an im Gemeindesaal von St. Vitus, Am Kirchberg 2, aus ihrem Leben als Siebenbürger Sächsin. Als Volksdeutsche im heutigen Rumänien geboren, verließ sie ihre Heimat 1990 gemeinsam mit ihrem Mann und kam im Alter von 62 Jahren nach Oberhöchstadt. Sie wird über das Leben in der alten Heimat und

die Traditionen, die sich die Volksgruppe über die Zeit bewahrt hat, berichten. „Dann wird sicher auch verständlich sein, weshalb ich das deutschen Volksliedgut kenne und gerne singe“, ist sich die 86-Jährige sicher, die an diesem Tag von Renate Kuczka unterstützt wird. Zu der eintrittsfreien und auch für Nicht-Mitglieder offenen Veranstaltung bringt sie außerdem eine Dobosortie mit, eine traditionelle Festtags-torte in ihrer alten Heimat. *tz*

Tag der offenen Tür an der AKS

Kronberg. Die Kronberger Altkönigsschule (AKS) in der Le-Lavandou-Straße öffnet morgen ihre Pforten zum „Tag der offenen Tür“. Von 9 bis 13 Uhr präsentiert die kooperative Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe verschiedene Projekte. Die Lehrer beraten zum Übergang von der Grundschule in die Jahrgangsstufe 5, stellen die Schwerpunkte Musik und Sport vor und informieren über die Wahl

der Fremdsprachen. Informationsstände werden den Besuchern einen Überblick über das gesamte AKS-Angebot geben. So wird die „Begabungsförderung“ ebenso vertreten sein wie die „Lese- und Rechtschreibförderung“, die Pädagogische Mittagsbetreuung, der Ausschuss „Soziales Lernen und Prävention“, die Schulsozialarbeit, die Bibliothek, der Schulleiterberat und das FörderForum. *tz*

Große Koalition will Rückführung der Stadtwerke in Haushalt prüfen

Kronberg. Die Fraktionen von CDU und SPD haben den städtischen Gremien einen gemeinsamen Antrag vorgelegt. Hierin bitten sie den Magistrat, die Vor- und Nachteile einer vollständigen oder teilweisen Rückführung der Stadtwerke in den Kernhaushalt der Stadt zu prüfen. Dabei sei aufzuzeigen, welche Strukturen (wie beispielsweise Buchhaltung, Personalabteilung oder Personalrat) doppelt vorhanden seien, und welche Kosten hierfür entstünden.

Wie der SPD-Fraktionsvorsitzende der Christoph König erklärte, seien in der Vergangenheit kommunale Aufgaben oft in Eigenbetriebe verschoben worden: „Das war auch durchaus sinnvoll, weil man in Eigenbetrieben betriebswirtschaftlich buchen konnte und viel besser einen Überblick über die tatsächlichen Kosten erhalten hat.“ 2003 sei aber die Doppik auch im Kernhaushalt eingeführt worden und habe mittlerweile die schlimmsten Kin-

derkrankheiten hinter sich. Zum 31. Dezember 2015 müssten die Gemeinden zudem erstmals einen konsolidierten Jahresabschluss (Gesamtabschluss) erstellen. Mit der Einführung des Gesamtabschlusses müssten der Jahresabschluss der Gemeinde und die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe zusammengefasst werden.

„Es macht jetzt einfach Sinn, mal in Ruhe nachzuschauen, ob eine Rückführung sinnvoll ist oder nicht“, betont König. Das habe keine Eile und er könne auch nicht abschätzen, ob sich die Rückführung lohne oder nicht. Aber es sei möglich, dass Kosten gespart und Abläufe vereinfacht werden könnten. „Im Moment muss jedes Ratsmitglied, das die Stadt bei den Stadtwerken bestellt, extra gebucht werden – und zwar in der Stadtkasse und bei den Stadtwerken“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende. Im Falle einer Wiedereingliederung der Stadtwerke könnte die Stadtver-

waltung auch von den vorhandenen Erfahrungen der Mitarbeiter der Stadtwerke, zum Beispiel bei der Erstellung von doppischen Jahresabschlüssen, profitieren. „Wir haben uns schon in den Koalitionsverhandlungen darauf verständigt, dass wir diesen Punkt einmal klären möchten.“ Zudem geben König und der CDU-Fraktionsvorsitzende Andreas Becker zu bedenken, dass die Gremien der Stadtwerke in nicht öffentlichen Sitzungen tagen. Somit sei eine Information der Bürger im Gegensatz zu den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse nicht möglich. Dies habe sich jüngst bei der Neugabe der Stadtbusleistungen gezeigt.

Nach der Prüfung der Vor- und Nachteile einer Rückführung könne man in Ruhe entscheiden, ob man das Projekt angehe oder nicht. „Es lohnt sich, der Frage nachzugehen, aber es eilt nicht“, betonte König. *rd*

Abwarten bei Abs-Villa

Zuschlag an Königsteiner Immobilienvermarkter REG erteilt – Beschwerde gegen Entscheidung wahrscheinlich

Im Oktober kam das Kronberger Anwesen des ehemaligen Deutsche Bank-Vorstands Hermann-Josef Abs unter den Hammer. Am Dienstag wurde am Königsteiner Amtsgericht der Zuschlag verkündet. Das letzte Wort ist damit aber noch lange nicht gesprochen.

■ Von David Schahinian

Kronberg/Königstein. Großes Interesse hatte die Zwangsversteigerung des sogenannten Abs-Areals am 14. Oktober hervorgerufen, zumal der Termin mit einer Überraschung endete: Der in Königstein ansässige Immobilienentwickler Real Estate GmbH machte das Rennen mit einem Gesamtgebot von

4,71 Millionen Euro. Der Zuschlag wurde seinerzeit noch nicht erteilt, da dem Königsteiner Amtsgericht ein Vollstreckungsschutzantrag des Schuldners vorlag.

Der wurde in der vergangenen Woche abschlägig beschieden, so dass dem gestrigen Verkündungstermin im Königsteiner Amtsgericht nichts mehr im Wege stand. In Abwesenheit des Ersteigerers, des Schuldners und des Gläubigers erhielt die Real Estate GmbH im Büro des Rechtspflegers Arnold Bernhardt den Zuschlag für das gesamte Areal.

Nicht rechtskräftig

Der Beschluss indes ist noch nicht rechtskräftig. Innerhalb einer Frist von zwei Wochen kann jeder

der Beteiligten sofortige Beschwerde dagegen einlegen. Dass der bisherige Eigentümer diesen Schritt gehen wird, davon könne man ausgehen, erklärte er auf Anfrage der TZ. Darüber hinaus liegt sein Vollstreckungsschutzantrag nun beim Frankfurter Landgericht, das darüber in zweiter Instanz zu befinden hat. Ein Termin für diese Entscheidung ist noch nicht angesetzt. Würde dem Antrag stattgegeben, würde damit auch der Zuschlagsbeschluss aufgehoben, „und alles ginge zurück auf Los“, so der bisherige Eigentümer.

Es gebe aus seiner Sicht mehrere gute Gründe, Rechtsmittel gegen die Zwangsversteigerung einzulegen. Dabei wäht er auch höchstgerichtliche Entscheidungen auf

seiner Seite, die in vergleichbaren Fällen zu einer Unterbrechung des Vollstreckungsverfahrens geführt hätten.

Die derzeitige Situation sei festgefahren und bringe eine „Unsicherheit für alle Beteiligten“. Mit den Fakten müsse man sich anfreunden. Kein Verständnis aber habe er für in seinen Augen unwahre Aussagen, die vor allem manche Medien im Zuge des Verfahrens über ihn verbreitet hätten.

REG bleibt vorerst passiv

Zurückhaltend äußerte sich Hans-Jürgen Grün, Geschäftsführer der Real Estate GmbH, nach dem Zuschlag: „Stand heute sind wir Eigentümer, aber erst einmal bleibt alles so, wie es war.“ Man werde

sich nach dem weiteren gerichtlichen Prozedere erkundigen und erfragen, wann mit einer Entscheidung des Landgerichts zu rechnen ist. Bis dahin warte man in aller Ruhe ab. Es bringe nichts, Gespräche zu führen und möglicherweise bereits Kosten zu produzieren, wenn keine rechtliche Klarheit über das Eigentum bestehe.

Das Anwesen des ehemaligen Vorstands- und Aufsichtsrats-Chefs der Deutschen Bank, Hermann-Josef Abs, umfasst unter anderem eine Villa und eine Parkanlage. Das rund 45.000 Quadratmeter große Areal wurde von der Justiz mit einem Gesamtverkehrswert von rund 6,6 Millionen Euro taxiert und stand in den vergangenen Jahren bereits mehrmals zum Verkauf.

Audi Gebrauchtwagen
:plus



Audi Gebrauchtwagen :plus Garantie bis zum 5. Fahrzeugjahr.*

Jetzt bekommen Sie bei Audi bis zu 5 Jahre Garantie auf ausgewählte Gebrauchtwagen :plus Fahrzeuge. Das bedeutet für Sie: günstig gebraucht kaufen oder finanzieren mit weniger Risiko. Kommen Sie doch am Besten gleich vorbei – es lohnt sich.

Unser Vorteilsangebot bei Barzahlung:

z.B. Audi A3 Sportback Ambition 2.0 TDI, 6-Gang
EZ 23.01.2014, 9.609 km, 110 kW (150 PS)
Xenon plus, Einparkhilfe hinten, Bluetooth Schnittstelle, Audi music interface, Tempomat, uvm.

Unser Preis für Sie:

€ 27.890,00

inkl. Überführungs- und Zulassungskosten

Abgebildete Sonderausstattungen sind im Angebot nicht unbedingt berücksichtigt. Alle Angaben basieren auf den Merkmalen des deutschen Marktes.

*Die Laufzeit setzt sich aus der Neuwagengarantie der AUDI AG mit einer Laufzeit von 2 Jahren sowie der sich hieran anschließenden Garantie des Audi Gebrauchtwagen :plus Partners von 3 Jahren (Informationen zu den Garantiebedingungen erhalten Sie bei Ihrem Audi Gebrauchtwagen :plus Partner oder unter www.audi.de/gebrauchtwagen) zusammen. Garantiegeber der Gebrauchtwagen-Garantie ist der teilnehmende Audi Gebrauchtwagen :plus Partner. Bitte berücksichtigen Sie, dass sich die Garantiefestsetzung nach dem Fahrzeugalter richtet und nur auf ausgewählte Audi Gebrauchtwagen :plus Fahrzeuge gewährt wird. Weitere Voraussetzungen bzw. Beschränkungen der Garantie, insbesondere den Beginn der Garantiefestsetzung, entnehmen Sie bitte der Garantieranmeldung/den Garantiebedingungen.

Kompromisslos Audi.

Autohaus Marnet GmbH & Co. KG
Audi R8 Partner

Sodener Str. 1-3, 61462 Königstein
Tel.: 0 61 74 / 29 93-0, Fax: 0 61 74 / 29 93-60
empfang.audi@marnet.de, www.audi-marnet.de